



WWW



Verändert das Internet unsere Demokratie?

Das Internet spielt heute bei direktdemokratischen Entscheidungsprozessen erst eine untergeordnete Rolle. Dies könnte sich in den kommenden Jahren grundlegend ändern – mit unklaren Folgen für das politische System.

Die Schweiz ist ein Land der direkten Demokratie. Kaum irgendwo sonst auf der Welt können die Bürgerinnen und Bürger bei derart vielen politischen Fragen direkt mitentscheiden, und so ist es hierzulande denn auch eine Selbstverständlichkeit, dass die Stimmberechtigten alle drei bis vier Monate an die Urnen gerufen werden. Bemerkenswert ist, dass Wahlen und Abstimmungen nach wie vor durch herkömmliche Kommunikationsformen geprägt werden. Die Stimmdenden tun ihre Meinung entweder direkt an der Urne oder durch briefliche Stimmabgabe kund, und auch bei der Entscheidungsfindung spielen altbewährte Informationsmittel wie etwa die gedruckten Abstimmungsunterlagen der Regierung eine zentrale Rolle. Die Behörden stellen zwar heute im Vorfeld von Abstimmungen vermehrt Informationen ins Internet, doch häufig handelt es sich dabei bloss um PDF-Versionen von gedruckten Dokumenten. Auch die Parteien und Verbände setzen das Internet im Wahlkampf erst zögerlich ein. Von einem eigentlichen Internet-Wahlkampf wie ihn der amerikanische Präsident Barack Obama 2008 erfolgreich führte ist man hierzulande jedenfalls noch weit entfernt.

Dass das Internet in der Schweizer Politik heute noch eine untergeordnete Rolle spielt, ist insofern erstaunlich, weil die Schweiz im internationalen Vergleich über eine hohe Computerdichte verfügt und die Bevölkerung in vielen anderen Lebensbereichen In-

ternetdienstleistungen inzwischen völlig selbstverständlich nutzt. Es ist jedoch zu erwarten, dass der Bereich e-Government in den kommenden Jahren einen starken Aufschwung erleben und sich zum Beispiel das e-Voting als anerkannte Abstimmungsform etablieren wird. Bereits heute können einige Bürgerinnen und Bürger, die in den Kantonen Genf, Neuenburg und Zürich stimmberechtigt sind, per Internet ihre Stimme abgeben. Zusätzlich soll bis 2015 dieser Abstimmungskanal auch allen Auslandschweizern zur Verfügung gestellt werden.

Auswirkungen abschätzen

Die Arbeitsgruppe e-Society der Kommission für Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) der SATW befasst sich bereits seit mehreren Jahren mit der Frage, welche Rolle die neuen Medien im politischen Alltagsgeschäft spielen und welche Auswirkungen sich daraus für die Gesellschaft ergeben. Im Rahmen eines Workshops «Digital Inclusion: Direct Democracy & e-Participation» befasste sich die Arbeitsgruppe im März 2009 gezielt mit dem Aspekt, wie neue Medien und Kommunikationstechnologien in den demokratischen Entscheidungsprozess einbezogen werden könnten und welche Schlussfolgerungen sich daraus für die verschiedenen Akteure und die Wissenschaft ergeben. Dabei zeigte sich, dass in vieler Hinsicht noch einiges an Grundlagenarbeit geleistet werden muss.



Viele Thesen – wenig fundiertes Wissen

Grundsätzlicher Forschungsbedarf im Bereich e-Democracy

Wirkt das Internet ausgleichend auf das politische Kräftemessen? Begünstigt es tatsächlich die direkte politische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger? Und was zeichnet eine erfolgreiche e-Partizipations-Anwendung aus? Die Antworten auf diese Fragen sind heute erst ansatzweise bekannt.

In welchem Mass neue Medien und Kommunikationsinstrumente die politischen Entscheidungsprozesse in den kommenden Jahren verändern werden, lässt sich heute erst ansatzweise erkennen. Tatsache ist, dass gegenwärtig eine Zunahme an elektronischen Dienstleistungen und Informationsangeboten zu verzeichnen ist und dass der Staat die Entwicklung von neuen e-Government-Anwendungen aktiv unterstützt. Obwohl direktdemokratische Entscheidungen ein zentrales Element unseres Landes sind, kümmert sich der Staat bislang noch kaum darum, wie sich diese Entwicklung auf die Gesellschaft auswirken wird. Genau dies wäre jedoch dringend notwendig: Die neuen Kommunikationsinstrumente könnten nämlich nicht nur die Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger verändern, sondern sie bieten auch die Möglichkeit für neue Formen der politischen Mitwirkung. Sie haben demnach das Potenzial, die Machtstrukturen im politischen System zu beeinflussen. Verschiedene Beispiele – etwa die «Bye Bye Billag»-Kampagne oder die Initiative gegen die Stadtzürcher Polizeivorsteherin Esther Maurer – zeigen, dass vor allem Web-2.0-Anwendungen und soziale Netzwerke diesbezüglich über ein grosses Potenzial verfügen und die Demokratie vor neue Herausforderungen stellen können.

Kultureller Wandel

Im Bezug auf die Wirkung der neuen Medien stehen jedoch erst verschiedene Thesen im Raum, die bislang noch nicht wissenschaftlich belegt werden konnten. So wird beispielsweise vermutet, das Internet habe im politischen Kampf einen ausgleichenden Effekt, weil im virtuellen Raum die finanziellen Möglichkeiten keine derart wichtige Rolle mehr spielen wie im herkömmlichen Wahlkampf und demnach alle Parteien und Interessenvertreter über gleich lange Spiessse verfügen. Eine andere These postuliert, dank dem Internet könnten sich die Bürgerinnen und Bür-

ger in der politischen Auseinandersetzung vermehrt direkt Gehör verschaffen; dadurch würde die Bedeutung von Parteien, Verbänden und Interessenorganisationen abnehmen.

Ob diese Thesen zutreffen, lässt sich heute schwer beurteilen. Es gibt keine systematische Beobachtung der Entwicklung und die Forschung steckt noch in den Kinderschuhen. So stehen beispielsweise als Datenbasis zum e-Voting nur die Antworten von einigen Hundert Menschen zur Verfügung, die nach der elektronischen Abstimmung befragt wurden. Dies ist eine sehr schmale und einseitige Grundlage für die wissenschaftliche Arbeit. Die Gesellschaft steht mitten in einem kulturellen Wandel, das Internet spielt in einem weiteren zentralen Lebensbereich eine immer wichtigere Rolle – doch den Staat scheint das nicht wirklich zu kümmern.

Zusatznutzen muss erkennbar sein

Im Rahmen des Workshops haben sich die Teilnehmer zunächst einen Überblick über die Forschungsaktivitäten auf europäischer Ebene verschafft. So hat beispielsweise der Europarat eine Reihe von Projekten finanziert, welche Best-Practice-Regeln im Bereich e-Government etablieren sollten – eine Aufgabe mit Tücken, fehlt es doch im Gegensatz zu anderen Bereichen der sozialwissenschaftlichen Forschung an methodischen Grundlagen, um e-Government-Projekte sauber zu evaluieren. Immerhin lassen sich aus den vorhandenen Studien doch einige Schlüsse ziehen: So zeigte sich etwa, dass nicht unbedingt die grössten und teuersten Projekte am meisten Wirkung erzielen, sondern diejenigen, welche den Bürgerinnen und Bürgern einen erkenntlichen Zusatznutzen bieten.



Bei der ersten Generation von e-Partizipations-Projekten hat man diesbezüglich noch viel Lehrgeld bezahlt. Ein häufiger Grundfehler war, die finanziellen Mittel vorwiegend in die Technik zu investieren. Vernachlässigt wurde hingegen die Medien- und Diffusionsarbeit. Die für den Erfolg notwendige Verankerung bei den Menschen konnte so nicht erreicht werden.

Digitale Gräben überwinden

Der Erfolg von e-Partizipations-Anwendungen hängt auch davon ab, ob die verschiedenen digitalen Gräben in der Gesellschaft überwunden werden können. Konkret heisst das: Haben auch behinderte oder ältere Menschen einen Zugang? Werden bildungsferne Bevölkerungsschichten erreicht? Können auch Menschen damit umgehen, die noch kaum Erfahrungen mit Internetanwendungen haben? Gerade dieser kognitive Graben wird häufig unterschätzt. Untersuchungen zeigen, dass erstaunlich viele Menschen elementare Dinge im Umgang mit dem Internet nicht beherrschen. Die Bürgerinnen und Bürger sollten zudem auch über die Vorgänge im Hintergrund aufgeklärt werden. Wie wichtig dieser Punkt ist, lässt sich am Beispiel der Plattform smartvote.ch illustrieren. Auf dieser Plattform können die Wählerinnen und Wähler ihre eigenen politischen Präferenzen mit den Positionen der Kandidierenden vergleichen. Welche Wahlempfehlung am Schluss herauskommt, hängt natürlich stark davon ab, welche Fragen gestellt werden, um das politische Profil zu ermitteln. Die Bürgerinnen und Bürger gehen im Allgemeinen noch recht unschuldig mit solchen Anwendungen um und fragen sich viel zu wenig, wie solche Applikationen genau funktionieren. Die allgemeine Arglosigkeit im Umgang mit dem Internet zeigt sich auch daran, dass bei Umfragen unter e-Voting-Stimmenden 60 Prozent der Antwortenden ohne Bedenken ihre persönliche E-Mail-Adresse bekannt geben.

Informationen bündeln

Auf der anderen Seite gibt es aber auch noch einen ganz anderen Effekt, der im Auge behalten werden muss: In unserer Gesellschaft gibt es eine zunehmend grössere Gruppe von Menschen, die immer mehr alltägliche Dinge im Internet erledigt. Diese Menschen erreicht man über die herkömmlichen Informationskanäle immer schlechter, gehen diese Menschen doch davon aus, dass sie bei Abstimmungen alle relevanten Informationen schnell und einfach im Internet finden. Für diese Menschen wäre es hilfreich, so genannte One-Stop-Shops einzurichten, auf denen sie alle relevanten Informationen in übersichtlicher Form finden.

Inwieweit der Staat den Aufbau von solchen Seiten übernehmen soll, ist allerdings umstritten, gilt diese Aufgabe doch als klassische Domäne der Medien.

Wer nimmt Anliegen auf?

Ein wichtiges Thema des Workshops war auch, inwieweit das Internet die Mitbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen begünstigt. Die grundsätzliche Hoffnung ist, dass das Internet mehr Partizipation ermöglicht – wobei unausgesprochen angenommen wird, dies sei grundsätzlich wünschenswert. Als mögliche Instrumente für die politische Mitwirkung bieten sich Diskussionsforen und soziale Netzwerke an. Der kritische Punkt ist, dass Diskussionsforen rasch unübersichtlich werden und es für die Teilnehmenden schwierig ist, den Überblick zu behalten. Es gibt zwar Versuche, mit Hilfe von Visualisierungsprogrammen die Argumentationslinien übersichtlich darzustellen. Doch ob solche Instrumente dereinst tatsächlich in der Lage sein werden, eine komplexe Diskussion klar zu strukturieren, ist heute noch unklar.

Eine wichtige Rolle könnte das Internet auch bei der Lancierung von politischen Vorstössen spielen. So sieht der Vertrag von Lissabon beispielsweise vor, dass künftig eine Million Unionsbürgerinnen und Unionsbürger die EU-Kommission auffordern können, bestimmte Themen aufzugreifen. Es liegt auf der Hand, dass das Internet die Lancierung von solchen Initiativen erleichtert. Für all jene, die sich an einem solchen Vorhaben aktiv beteiligen, stellt sich jedoch die Frage, was mit ihrem Input konkret geschieht. Wenn niemand da ist, der das Anliegen aufnimmt und weiterträgt, enden solche Initiativen schnell einmal in allgemeiner Frustration. Die vielgepriesene e-Partizipation wäre so nur ein Irrweg ins digitale Niemandsland.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Es zeichnet sich ab, dass Internetanwendungen in den kommenden Jahren im direktdemokratischen Entscheidungsprozess eine zunehmend wichtigere Rolle spielen werden. Wie diese Entwicklung genau aussehen wird und welche gesellschaftlichen Auswirkungen damit verbunden sind, lässt sich heute jedoch erst ansatzweise erkennen.

Auf Grund der Bedeutung dieses Bereichs für das politische System Schweiz empfiehlt die SATW folgende Massnahmen:

- **Die Forschung verstärken**

Die sozialwissenschaftliche Forschung im Bereich e-Government muss ausgebaut werden, damit die gesellschaftlichen Veränderungen besser verstanden werden. Dabei geht es insbesondere darum, die Grundlagen für die Evaluation von e-Democracy-Projekten zu erarbeiten und genauer zu untersuchen, wie sich Internetanwendungen auf den politischen Prozess auswirken. Entsprechende Projekte müssen von Anfang an interdisziplinär ausgerichtet sein und alle relevanten Gruppen einbeziehen. Die Workshopteilnehmer empfehlen, die Bereiche e-Democracy und e-Participation in die Forschungsagenda aufzunehmen.

- **Die Rolle des Staates überdenken**

Es ist zu begrüssen, dass der Staat Versuche zur elektronische Partizipation aktiv unterstützt und das Wissen über solche Instrumente verbessert. Diskutiert werden muss jedoch, welche Rolle der Staat bei der Verwendung des Internets zur Meinungsbildung der Bevölkerung spielen und ob er spezifische Informationsangebote für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aufbauen soll. Zudem stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit in diesem Bereich Regulierungsbedarf besteht.

- **Weiterbildung der Bevölkerung**

Die Bevölkerung muss befähigt werden, mit Internetanwendungen umzugehen und die für die Nutzung relevanten Prozesse im Hintergrund zu verstehen. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass die Bevölkerung neue e-Government-Angebote und Mitwirkungsmöglichkeiten verantwortungsvoll nutzt und sich am politischen Entscheidungsprozess aktiv beteiligt. Dabei muss insbesondere darauf geachtet werden, dass alle Bevölkerungsschichten einbezogen und bestehende digitale Gräben überwunden werden.

Internetanwendungen spielen in immer mehr Lebensbereichen eine wichtige Rolle und werden auch auf der politischen Ebene an Bedeutung gewinnen. Es ist deshalb wichtig, dass sich die Schweiz intensiv mit diesen neuen Instrumenten auseinandersetzt und die damit verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungen aufmerksam verfolgt.

Weiterführende Informationen zum Workshop finden sich auf der Webseite der ICT Kommission der SATW:
www.ict-21.ch/com-ict/IMG/pdf/Info-No17-All.pdf

Impressum

SATW ICT INFO 2/10, Mai 2010

SATW Geschäftsstelle
Seidengasse 16, 8001 Zürich
Tel. +41 (0)44 226 50 11
E-Mail info@satw.ch
www.satw.ch

Autoren: Uwe Serdült, Felix Würsten

Review: Hans Hänni, Andreas Ladner,
Ulrich W. Suter, Andreas Zuberbühler

Redaktion: Béatrice Miller

Bilder: Fotolia